UNIV. OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
1936

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 11. Dezember	Nr. 1658

Der Mordprozeß Frankfurter. (Schluß.)

Den Abschluß der Sitzung bildeten die ausführlichen und ausgezeichneten Darlegungen des Prozeßvertreters der als Nebenklägerin zugelassenen Frau Gustloff, Dr. Ursprung, aus Zürich.

Dr. Ursprung erklärte einleitend, er stelle zur Verhütung gewisser Leute ausdrücklich fest, daß er sich auf die rein zivilrechtliche Seite des Prozesses beschränke und alle die entsaßchen werde, die aus edlen oder niedlen Motiven eine politische oder antisemitische Bedeutung erwarteten.

Frau Gustloff müsse für sich das Recht beanspruchen, dem Gericht und damit der Welt diejenigen Momente vorzutragen, die erforderlich seien, um die besondere Schwere der Verletzung und des Verschuldens vorzutragen. Die Frage des Verschuldens, des Vorsatzes, der Zurechnungsfähigkeit und auch die der mildernden und straferschwerenden Umstände sei für die Zivilklage erheblich, ebenso wie die persönlichen Verhältnisse des Mörders, des Ermordeten und alle Begleitumstände der Tat.

Zu dem **Motiv der Tat** erklärte er, daß es **rein politischer Haß** sei. Frankfurter habe einen prominenten Vertreter der Bewegung ermorden wollen, nur weil dieser ein Anhänger Hitlers war. Weil Frankfurter, der von dem Fehlen jeglicher Reue die absolute Ueberlegung und den klaren Vorbedacht beweise, ein Gegner der Hitlerschen Lehre sei, glaube er, einen Deutschen in der Schweiz ermorden zu dürfen. Das sei eine Gesinnung, die nicht scharf genug verurteilt werden könne. Wollte der Richter für eine derartige Einstellung Verständnis dadurch zeigen, daß er dies im Urteil zum Ausdruck brächte, so hieße das praktisch, daß in der neutralen Schweiz jeder töten könne und nicht-viel riskiere.

Für die Strafbarkeit der Tat spiele die Motivfrage keine Rolle. Der politische Mörder sei einfach Mörder und gerade weil er überlegter, bewußter Mörder sei, sei das Element des Vorsatzes und des Vorbedachtes bei ihm besonders eindeutig und klar. Der politische Mörder sei sich aber nicht nur der Strafbarkeit, sondern auch der Widerrechtlichkeit seiner Tat voll bewußt. Frankfurter wisse, daß er gemordet habe, und er habe es immer gewußt. Er sei geviilt gewesen, die Folgen mit in Kauf zu nehmen. Für die Beurteilung auch der zivilrechtlichen Ansprüche wäre die Tatsache erheblich, daß Frankfurter zugestandenermaßen kein persönliches Motiv habe. Er habe selbst gesagt, er habe Gustloff nicht aus persönlichen Gründen ermordet, sondern weil er, Frankfurter, Jude sei. Er nehme also offenbar für jeden Juden das Recht in Anspruch, Nationalsozialisten töten zu dürfen.

Dr. Ursprung fragt, ob es gewisse Kreise rechtfertigen würden, wenn ein Antisemit sage, er halte sich für legitimiert, weil er Antisemit sei, irgendeinen Juden zu erschießen. Die Zubilligung dieses vom Angeklagten angerufenen mildernden Umstandes, daß er Jude sei, hätte zur logischen Folge, daß der Schießerei auf bündnerischem Boden Tür und Tor geöffnet sei.

Dr. Ursprung wies dann auf eine von dem Juden Emil Ludwig-Cohn erfundene Greuelszene hin, die durch die Vermittlung des Büros Frankfurter, des Rabbiners Salomon Frankfurter, als erfunden erwiesen sei. Aus diesem kleinen Beispiel, das sich hundertfach vermehren ließe, sei zu ersehen, was von der ganzen antideutschen Greuelpropaganda zu halten sei.

Der Angeklagte sei aber nicht nur Hasser. Er besitze zwei weitere Charaktereigenschaften: Feigheit und Schlauheit. Er wisse, daß er durch die Behauptung, einen Angehörigen des verhaßten Hitlerismus" beseitigen zu wollen, im Ansehen gewaltig steige. Er habe sogar Ehrungen erfahren, sei Ehrenpräsident der Internationalen Liga gegen den Antisemitismus geworden. Außerdem habe er die Stirn gehabt, zu behaupten, er habe Wilhelm Gustloff ermordet, weil er die Schweiz viel zu lieb gewonnen habe.

Dieser arrogante Student, so erklärt der Verteidiger mit Nachdruck, mißbrauche sie eine ruchlose Tat somit nicht nur das schweizerische Gastrecht, er verlocke unser Land zu seiner Verteidigung zu mißbrauchen. Jeder aufrecht denkende Schweizer hat für eine so unverschämte faule Ausrede nur ein Gefühl tiefsten Ekels. Wir waren bisher, so führt er fort, noch fähig, unsere Polizei selbst auszuüben, ohne die Mitwirkung verbummelter Studenten, die, statt zu arbeiten, mit allerhand Damen in Bars und Cafés herumsitzen und den Eltern im Ausland, die für das Studium kaum das Geld aufbringen können, am laufenden Band vorlügen, wie sie studieren, während sie sich einem Faulenzerleben hingeben. Die ganze Konstruktion Frankfurters bedeute nichts als eine perfide, unverschämteste Beschimpfung der Schweiz, eine Ohrfeige in das Gesicht jedes anständigen Schweizers, ein Produkt der Schlauheit Frankfurters, die das wahre, einzige Motiv, den politischen Haß, verhüllen sollte.

Auch der Einfluß einer gewissen Presse auf das Verbrechen sei unverkennbar und nicht zu leugnen. Der Angeklagte habe aus bezeichnenden Gründen, daß die Auslassungen in der Schweizer Presse nicht die direkte Veranlassung zur Tat gewesen seien. Er müsse aber zugeben, daß er durch die Lektüre gewisser Schweizer Zeitungen in seinen Ansichten bestärkt und von der Existenz und Tätigkeit Gustloffs erst durch diese Presse erfahren habe.

Auch der Vertreter der Nebenklägerin befaßt sich mit der Tätigkeit Gustloffs, die in der Schweiz zu keinerlei Bedenken Anlaß gegeben habe. Er verweist auf die Anordnungen der Auslandsorganisation, nach denen es verboten ist, sich in die politischen Angelegenheiten anderer Länder zu mischen. Er bestätigt im übrigen in vollem Umfange das Plädoyer des Amtsklägers, um am Schluß seiner Ausführungen die berechtigten Ansprüche der Nebenklägerin geltend zu machen.

Damit sind die Verhandlungen des zweiten Tages abgeschlossen.

Baldwin zur Abdankung des englischen Königs.

London, 10. Dezember. Nach der Verlesung der Abdankungsbotschaft des Königs stellte Premierminister **Baldwin** im Unterhaus den Antrag, die Botschaft des Königs zu beraten, und gab einschätzend eine längere Erklärung ab, in der er seine Verhandlungen mit dem König schilderte. Nach Schluß dieser Rede beantragte er Vertagung des Hauses, damit noch heute die erforderliche Gesetzgebung über den Thronwechsel eingebracht werden könne. Baldwin teilte ferner mit, es sei notwendig, daß das Unterhaus die gesamte Gesetzgebung über den Thronwechsel im Laufe des morgigen Freitag verabschiede. Da der Führer der Opposition keinen Einspruch erhob, vertagte sich das Haus zunächst bis 6 Uhr.

Zu seiner Rede führte der Premierminister etwa folgendes aus: Nie habe das Parlament eine schwerwiegende Botschaft erhalten, und nie sei einem Premierminister eine schwierigere und peinlichere Aufgabe zugefallen. Er werde das, was er zu sagen habe, wahrheitsgemäß, aufrichtig, einfach und geradezu sagen, ohne einen Verlust, zu färben oder auszuschmücken. Er werde keinerlei Kommentare geben, kritisieren, loben oder tadeln. Das Beste, was er tun könne, sei, dem Hause zu sagen, was sich zwischen ihm und dem König abgespielt habe und was zu der gegenwärtigen Lage geführt habe. Er wolle dabei feststellen, daß der König, als er noch Prince of Wales gewesen sei, ein viele Jahre hindurch mit einer tiefen Freundschaft geehrt habe, die er hochschätze. Bei dem Abschied im Fort Belvedere Dienstag nacht habe der König und er selbst gewußt und gefühlt, daß ihre Freundschaft durch die Besprechungen in den letzten Wochen keinen Schaden genommen habe, sondern im Gegenteil enger geworden sei und das ganze Leben hindurch dauern werde.

Baldwin ging dann zur Aufzählung der Tatsachen über. Er erinnerte das Haus daran, daß er im August und September habe Erholungsurlaub nehmen müssen, und fuhr dann wörtlich fort: „Als ich zurückkam, benunruhigten mich zwei Dinge. Zwei Amt frisierten zahlreiche Briefe, vor allem von britischen Untertanen und amerikanischen Staatsbürgern britischer Herkunft und auch einige aus den Dominien, in denen Besürzung und Besorgnis über Veröffentlichungen der amerikanischen Presse zum Ausdruck kamen. Damals wurde mir klar, daß eine Scheidungsangelegenheit in Aussicht stand, und ich erkannte, daß daraus später eine schwierige Lage entstehen könnte. Ich war der Ansicht, daß jemand den König aufrufen sollte, um ihn vor der schwierigen Lage zu warnen, die sich später ergeben könnte, wenn dieser Art von Geschwätz und Kritik Nahrung gegeben würde.

„Unter den gegebenen Umständen konnte nur ein Mann diese Angelegenheit mit dem König besprechen, der Premierminister. Ich beriet mich mit keinem meiner Kollegen. Deshalb teilte ich dem König mit, daß ich völlig privat im Schloß Belvedere zu sprechen wünsche. Wir trafen uns dort am Dienstag, den 20. Oktober. Der Berater der Krone ist für seinen Herrn ohne Sehen Wert, wenn er ihm nicht jederzeit die Wahrheit so sagt, wie er sie sieht, ob diese Wahrheit nun willkommen ist oder nicht.

„Der König hat sich die ganze Zeit hindurch in keiner Weise durch irgend etwas, was ich ihm sagte, beleidigt oder verletzt gefühlt. All unsere Besprechungen sind so geführt worden, daß die gegenseitige Achtung zwischen uns ständig wuchs. Ich sagte Seiner Majestät, daß ich in doppelter Richtung große Besorgnisse hege:

1. wegen der anwachsenden Kritik, die zur Zeit in der amerikanischen Presse, in den Dominien und besonders in Kanada laut werde und

2. wegen der Wirkung, die diese auf England selbst haben würde.

„Weiter erinnerte ich ihn an das, was ich auch ihm und seinem Bruder in den vergangenen Jahren gesagt habe, nämlich daran, daß die britische Monarchie eine einzigartige Einrichtung ist." Der englischen Krone seien Jahrhunderte hindurch viele ihrer Vorrechte genommen worden. Aber heute stehe sie, obwohl das eben Gesagte immer noch gilt, viel höher da, als zu irgend einer Zeit in der Geschichte unseres Landes. Es stehe außer Frage, daß es von wesentlicher Bedeutung sei, sie unverehrt zu erhalten. Denn sie sei nicht nur das letzte übrig gebliebene Bindeglied innerhalb des Empire, sondern sie sei für England — so lange sie bestehe — auch die Garantie dafür, daß das Land vor vielen Uebeln bewahrt bleibe, die viele andere Länder erfaßt und geschädigt hätten. Diese Ansicht würde allgemein geteilt; dabei sei diese Ansicht sehr weitgehend von dem Respekt abhängig, der in den letzten drei Generationen der Monarchie entgegengebracht worden sei.

Angesichts der Kritik, der die Krone ausgesetzt worden sei, könne die Macht der Krone schneller schwinden, als sie gewachsen sei. Wenn sie aber einmal verloren gegangen sei, so sei es zweifelhaft, ob irgend etwas sie wiederherstellen könne.

Das waren die Grundzüge meiner Rede. Aus diesen Gründen äußerte ich Besorgnisse und den Wunsch, daß einer solchen Kritik der Grund entzogen werden möge. Meiner Ansicht nach, so führte ich aus, würde jedwedes Handeln durch die Auswirkung einer solchen Kritik aufgewogen werden.

Ich sagte Seiner Majestät, daß ich gehofft hätte, seine Regierung werde eine große Zeit in einem neuen Menschenalter sein. Er habe so viele der dafür notwendigen Eigenschaften. Ich sagte ihm, daß ich mit ihm als Freund sprechen wollte, um festzustellen, ob ich ihm in dieser Sache helfen könne.

„Ich habe nicht um die Erlaubnis gebeten, das zu sagen, was ich jetzt sagen will. Ich glaube aber nicht, daß es der König übel nimmt. Der König hat mir nicht nur einmal, sondern viele Male gesagt: Sie und ich müssen diese Angelegenheit zusammen regeln. Ich wünsche nicht, daß sich irgend jemand einmischt. (Beifall).

Baldwin erklärte dann, er habe den König darauf hingewiesen, daß bei einer Scheidung der Dame seiner Wahl, Frau Ernestine Simpson, von ihrem bisherigen Gatten die Angelegenheit nach dem Urteil für einige Zeit in der Schwebe bleiben müßte. Diese Schwebezeit könne verhängnisvoll werden, weil dann jedermann die Möglichkeit haben würde, zu reden. Denn eines Tages würde die Presse beginnen, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen und dann würde eine äußerst schwierige Lage für den König und den Ministerpräsidenten entstehen und es würden vielleicht bestimmte Gerüchten herauftbeschworen, wie man es auch erlebt habe.

„Das war einer der Gründe", so erklärte Baldwin, „warum schnell gehandelt werden mußte. Es bestand die Gefahr, daß die Leute in einer Frage Partei nahmen, in der in England keine Parteien existieren dürften.

„Ich glaubte nunmehr, meiner Gewissenspflicht genügt zu haben, und eine Zeit hindurch hatten wir keine weiteren Zusammenkünfte. Ich hat den König, alles zu erwägen, was ich gesagt hätte. Ich habe in keiner Form auf irgend eine Antwort gedrängt und mir versprochen, alles zu erwägen, was der König zu sagen hätte.

„Das nächste Mal sah ich den König am Montag, den 16. November, im Buckingham-Palast, nachdem das Scheidungsurteil gefällt worden war. Der König hatte mich ausdrücklich zu sich gebeten und mir versprochen etwa 20 Minuten über die Frage einer etwaigen Heirat. Das Kabinett war in meine Verhandlungen nicht eingeweiht. Ich berichtete nur an vier meiner Kollegen über meine Besprechungen im Fort Belvedere.

„Ich erklärte dem König, ich sei der Ansicht, daß diese Heirat im Lande keine Billigung finden werde. Ich wies darauf hin, daß die Gemahlin des Königs von England eine andere Stellung habe als die Ehefrau irgend eines englischen Bürgers, und daß bei der Wahl einer Königin die Stimme des Volkes gehört werden müsse. Von der Wahl, die der König treffe, hänge die Sicherheit und Wohlergehen des gesamten Staates ab. Der König erklärte mir daraufhin — ich sage dies mit seiner ausdrücklichen Genehmigung —: „Ich werde Mrs. Simpson heiraten, und ich bin bereit zu gehen!" Ich antwortete darauffin: „Sire, das ist eine äußerst bedeutungvolle Mitteilung, und es ist mir unmöglich, darauf heute zu antworten."

„Der König teilte diesen Entschluß dann der Königin Mary, dem Herzog von York, dem Herzog von Gloucester und dem Herzog von Kent mit. Am 25. November hat er mich wieder zu sich. Inzwischen war bei mir angeregt worden, einen Kompromiß zu schaffen, um die beiden Möglichkeiten zu vermeiden, die sich erst von ferne, dann immer deutlicher zeigten. Nach diesem Kompromißvorschlag sollte der König heiraten und das Parlament sollte ein Gesetz verabschieden, nachdem die Dame Gemahlin des Königs sein könne, ohne die Stellung einer Königin zu haben.

„In unserer Unterredung fragte mich der König, ob mir dieser Vorschlag vorgelegt worden sei. Als ich diese Frage bejahte, fragte er mich, was ich darüber dächte. Ich erklärte, ich könne dazu noch keine bestimmte, wohlerwogene Ansicht äußern. Wenn er aber über mein erstes Gefühl unterrichtet sein wolle, so könne ich ihm sagen, ich sei der Ueberzeugung, daß das Parlament ein derartiges Gesetz niemals annehmen würde. (Beifall).

„Weiter erklärte ich, ich würde das Gesetz formell prüfen lassen, falls der König es wünsche. Als der König diesen Wunsch aussprach, machte ich darauf aufmerksam, daß damit die Angelegenheit vor das gesamte Kabinett gebracht werden müsse und daß die Verbindung mit sämtlichen Dominien aufgenommen werden müsse. König Eduard erklärte mir, dies sei sein Wunsch. Daraufhin versprach ich ihm, diese Prüfung vornehmen zu lassen.

„Am 2. Dezember hat mich der König erneut zu sich. Der König fragte mich, ob ich in der Lage sei, seine Frage zu beantworten. Ich erklärte ihm, daß sein Vorschlag undurchführbar sei. Darauf erwiderte der König, diese Antwort überrasche ihn nicht. Er nahm meine Antwort ohne jede Frage hin und kam auch nie wieder auf sie zurück; er benahm sich wie ein echter Gentleman."

Baldwin führte dann weiter aus, er habe dem König klar gemacht, daß er in eine Lage kommen müsse, in der er in einem inneren Konflikt stehen würde: Er müsse dann entweder einen Plan aufgeben, an dem sein Herz hänge, und König bleiben, oder er müsse, wie er das schon früher angedeutet habe, möglicherweise später die Heirat durchführen.

Das Haus müsse bedenken, so fügte Baldwin hinzu, daß der König kein Junge mehr sei. Er stehe zwar jung aus und alle seien gewohnt, ihn als „unseren Prinzen" anzusehen. Aber er sei ein erwachsener Mann mit großem Lebenserfahrungen und großen Weltkenntnissen.

„Dem König schwebten immer drei, wenn nicht vier Dinge vor", so sagte Baldwin, „die er im Laufe seiner Gespräche immer und immer wiederholte. Einmal, wenn er abgehen würde wollte er in Ehren abgehen. Er wollte nicht eine Lage entstehen lassen, in der er das nicht mehr tun könne. Seinen Ministern und seinem Volk wollte er so wenig Aufregung wie möglich bringen. Schließlich wünschte er, unter Umständen abzudanken, die seinem Bruder bei der Thronbesteigung die denkbar geringsten Schwierigkeiten bereiteten.

„Ich muß sagen, daß dem König jeder Gedanke an etwas, was man „Königsgeschäft" nennen könne, schrecklich war. (Langer und anhaltender Beifall). Er blieb weiter im Fort Belvedere, weil er sich der Huldigung der Massen so lange nicht aussehen wollte, wie diese Dinge noch zur Debatte standen. Ich achte und schätze ihn deswegen besonders.

„In diesem Zusammenhang möchte ich eine Notiz verlesen, die das Haus besonders angeht und die mir Seine Majestät heute morgen mit der Ermächtigung gesandt hat, sie hier vorzulesen. Sie ist mit Bleistift geschrieben und lautet:

„Der Duke of York hat immer die besten Beziehungen zu seinem Bruder gehabt. Als König habe ich das volle Vertrauen, daß der Duke of York die Unterstützung des ganzen Empire verdient und und sie auch erhalten wird."

„Ich will nun noch ein oder zwei Worte zur Lage des Königs sagen. da er selbst nicht sprechen kann. Der König hat erklärt, er habe keine Möglichkeit, die deinabe untragbare Würde des Königtums ohne eine Frau an seiner Seite auf sich zu nehmen. Wir wissen das, und diese Krise ist, wenn ich diesen Ausdruck benutzen darf, aus der Offenheit Seiner Majestät hervorgegangen, die eine seiner vielen guten Eigenschaften ist. Der König hätte mir nichts von alledem zu dem Zeitpunkt zu erzählen brauchen, in dem er es tatsächlich tat. Aber er erkannte die Gefahr und schlug daher vor sich aus vor, eine Situation zu vermeiden, deren Gefahr für England und das gesamte Empire er fühlte.

„Meine Bemühungen während dieser letzten Tage waren ebenso wie die Bemühungen aller, die sich in unmittelbarer Umgebung des Königs befanden, darauf gerichtet, ihn zu einer Entscheidung zu bringen, die er nicht getroffen hat. Wir haben einen Fehlschlag erlitten. Der König hat seine Entscheidung getroffen. Für mich war es eine große Beruhigung, daß mir am Dienstag abend, ehe ich Fort Belvedere verließ, versichert wurde, ich hätte nichts ungetan gelassen, um den König von der Entscheidung abzubringen, die er getroffen hat und die er nicht aufgeben wollte.

(Fortsetzung auf Nr. 1659.)

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.